„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—34 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Kommunismus, der gar keiner ist.

In letzter Zeit las man in englisch-canadischen Blättern davon, daß radikale Elemente aus den Kohlengrubenbezirken Albertas unter den Bergarbeitern in der Nähe von Estevan, Sask., ihr Unwesen treiben und sie zu einer Streikbewegung aufzuputschen suchen. Auch in gewissen Farmerkreisen scheint sich eine Unruhe bemerkbar zu machen, verursacht durch die verhetzenden Reden unverantwortlicher „Führer." Nimmt man noch die Verhaftungen kommunistischer Agitatoren in Toronto und Vancouver hinzu, worüber im „Courier" vom 19. August berichtet worden ist, so scheint es wohl angebracht zu sein, einmal ein ernstes Wort über den sogenannten Kommunismus zu sprechen.

Wir sagen ausdrücklich und nach reiflicher Ueberlegung „sogenannten Kommunismus," weil es sich bei diesen und ähnlichen Bewegungen um einen Kommunismus handelt, der in Wirklichkeit gar keiner ist. Wer Karl Marx und sein Werk, sein theoretisch durchaus kommunistisches Programm, studiert hat und daher eingehend kennt und dann damit das vergleicht, was sich heute unter dem Deckmantel des Kommunismus verbirgt, muß uns Recht geben. Wir sind natürlich himmelweit davon entfernt, uns zu Verteidigern des hundertprozentigen Kommunismus aufzuwerfen, der seines materialistischen Grundgedankens wegen dem deutschen Wesen diametral entgegengesetzt ist. Uns kann es nur freuen, wenn der Bankerott der kommunistischen Praxis von Tag zu Tag klarer wird.

Man wird uns sofort Rußland entgegenhalten, wo angeblich der Kommunismus in Hochblüte stehen soll. Abgesehen von dem sehr lehrreichen Artikel „Das Rätsel Sowjetrußland und seine Lösung" auf Seite 7 dieses „Courier" möchten wir auf einen Aufsatz der „Times" in London (England) hinweisen. Diese führende englische Zeitung, die zu den bestinformierten Blättern der Welt gehört, bemerkte kürzlich unter der Ueberschrift „Staatskapitalismus in Rußland" folgendes:

„Je mehr sich der russische Kommunismus entwickelt, desto stärker wird seine Tendenz, auf die Ideale des Sozialismus zugunsten der des Staatskapitalismus zu verzichten. In den letzten paar Monaten ist diese Tendenz besonders ausgeprägt gewesen und hat sich in einer Reihe von Neuerungen widergespiegelt, welche die Lage der Arbeiterklasse verbessern." — Das Londoner Blatt geht dann auf die bekannte Rede Stalins ein, in welcher der Sowjetdiktator neue Methoden und eine neue Politik zur Vollbringung neuer Aufgaben proklamiert hat. Stalin wandte sich in seiner Rede ganz entschieden vom kommunistischen Prinzip gleicher Entlohnung ab und legte einen neuen Kurs für eine Bevorzugung der Kopfarbeiter vor den Handarbeitern fest.

Stalins Rede scheint in den Kreisen jener, die immer noch inbrünstig an das kommunistische „Ideal" und seine Verwirklichung durch Sowjetrußland glaubten, ungeheure Verwirrung angerichtet und in irregeführten, aber doch noch denkfähigen Köpfen eine bittere Enttäuschung hervorgerufen zu haben. Was bleibt dann letzten Endes von dem erträumten „kommunistischen Paradies" in Moskau und Umgebung noch übrig, wenn Stalin selbst zum Verräter an kommunistischen Grundsätzen wird? Schließlich nichts anderes als der Staatskapitalismus, dessen gewaltige Macht in den Händen einiger Oberbonzen, wie Stalin oder Molotoff vereinigt ist. Hinter diesem Staatskapitalismus steht schützend die wohlgenährte sowjetrussische Armee, steht die gefürchtete politische Polizei, die G.P.U., steht das Heer der Kommissare, der Spione, der Aufseher, welche die Sklavenpeitsche über Millionen von russischen Menschen schwingen. Daß dieser Staatskapitalismus mit Hilfe ausländischer Ingenieure, ausländischer Geldgeber und der zu Paaren getriebenen russischen Volksmassen große technische Leistungen vollbringt, soll nicht geleugnet werden. Doch wenn der englische Dichter Shaw, dessen Ergüsse von englisch-canadischen Zeitungen so bereitwillig wiedergegeben werden, uns glauben machen will, daß das russische Volk ein „Leben in „Schönheit und Würde" führt, so sprechen zu viele himmelschreiende Beweise gegen die Auffassung des reklamesüchtigen alten Herrn, der seine „Weisheit" einem nur mehrtägigen Aufenthalt bei hohen und höchsten Sowjetherrschaften in Rußland verdankt. Die abgrundtiefe materielle und seelische Not des russischen Volkes hat Shaw natürlich nicht kennen gelernt; denn die Magnaten des Moskauer Staatskapitalismus sorgten schon dafür, daß er wie alle Rußlandreisenden den Sowjetstaat nur von der besten Seite und im schönsten Lichte erblickte.

Man kann zeitweise auch sehr viel hören von den „Millionenmassen" des deutschen Kommunismus, der mit dem Moskauer Staatskapitalismus ziemlich freundschaftliche Beziehungen unterhält, aber trotzdem etwas ganz anderes ist als die hohen Herren im Kreml wünschen. So soll z. B. in Moskauer Kreisen sehr große Unzufriedenheit damit herrschen, daß es der Kommunistischen Partei Deutschlands nicht gelungen ist, ihre Massen zum Volksentscheid für Auflösung des preußischen Landtages zu bringen. In der deutschen Partei selbst hat sich infolgedessen eine ganz scharfe Krise entwickelt. Sehr verdächtig kommen den Sowjetmachthabern in Rußland auch die nationalen Töne vor, die mitunter von führenden deutschen Kommunisten angeschlagen werden, zum Beispiel in der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung." Das klingt doch nicht mehr nach „internationaler Solidarität"! Schließlich wurden im „Bauernhilfsprogramm" des deutschen Kommunismus ganz erhebliche „privatkapitalistische" Zugeständnisse gemacht. Man kann gewiß einwenden, daß es hier nur um die Taktik, nur um die Methode geht, wie man die Massen einfängt. Daß es aber notwendig ist, Grundsätze preiszugeben, um überhaupt die Massen zu fangen, zeigt doch, wie schwer es hält, vernünftige Menschen von der Wahrheit, Reinheit und Schönheit des Kommunismus auf normalem Wege zu überzeugen. Wäre nicht die bitterste Not der tägliche Gast in Hunderttausenden deutscher Familien, würde nicht mit dieser Not auch die politische Verbitterung einziehen, so würde der Kommunismus heute in Deutschland nur eine schwache Ernte halten.

Darum: Kommunismus, der gar keiner ist.

Kritik aus dem eigenen Lager.

Die vom „Courier" in seiner letzten Ausgabe eingenommene Stellungnahme zur Frage der Notstandshilfe in Canada hat von einer Seite, von der man es am wenigsten erwartete, eine sehr nachdrückliche Bestätigung erhalten. Bekanntlich übten wir in dem Leitartikel „Schnelles Handeln tut not" sachliche und wohlbegründete Kritik an der Systemlosigkeit, der Flickwerkarbeit und dem Zögern der Bennett-Regierung, die sich bis jetzt noch nicht zur Ausarbeitung eines klaren, allgemein gültigen und großzügigen Hilfsprogramms für ganz Canada aufschwingen konnte, obwohl der Winter schon so nahe vor der Türe steht. In unserer Ueberraschung taut nun auch die **konservative** „Winnipeg Tribune," die bisher eine wahrhaftige Verteidigerin der Bennett-Regierung war, in die nämliche Kerbe, indem sie schreibt:

„Seit vielen Monaten ist ein nahrer Redestrom über ein nationales Programm zur Linderung der Arbeitslosigkeit geflossen. Aber wann soll dieses Programm feste Form annehmen und in die Tat übertragen werden?" Reden und Gegenreden sind wie Tennisbälle zwischen zwei rührigen Spielern, zwischen dem Westen und Ottawa hin und hergeflogen. Die Redesalve ist offenkundig so unaufhörlich, daß das Publikum zu der unwiderruflichen Schlußfolgerung gezwungen ist, **daß irgendjemand die Sache aufhält.** Wer ist es und warum geschieht dies? Man kann wohl Premier Bennett nicht mangelndes Interesse für die Arbeitslosigkeit nachsagen; denn seine Haltung beim Amtsantritt verriet vernünftige Sympathie und schnelles Handeln. Er widerstand der scharfen Kritik vieler, indem er die Arbeitslosigkeit zu einer nationalen Frage machte und eine nicht angegebene Summe für Abhilfsmaßnahmen auswerfen wollte. **Herr Bennett muß aber zugeben, daß ihn ein Teil der Schuld an dieser langwierigen Verzögerung trifft** insofern, als er versäumte, seine Pläne genügend deutlich darzulegen. Er hat sein Interesse bekundet und die Finanzen für ein Hilfsprogramm beschafft. Aber er hat zu lange gezögert, sein Programm bekannt zu machen. Nur Politiker, die Unruhe verursachen wollen, möchten die Gesamtkosten der Erwerbslosenunterstützung der Dominion aufbürden. Es hat als feststehend zu gelten, daß die Provinzen und Munizipalitäten ihr angemessenes Teil zu tragen haben. **Aber die Last der Führung bei Lösung des Arbeitslosenproblems muß Ottawa zufallen.** Es ist Herrn Bennetts Pflicht, autoritativ zu erklären, was zu geschehen hat und wann es zu geschehen hat. Warum zögert Herr Bennett mit dieser endgültigen Erklärung? **Hat er sich durch die Forderungen hinterhältiger Politiker ködern und verwirren lassen, die die Arbeitslosigkeit lieber ausbeuten als zu ihrer Lösung beitragen möchten?** Jemand hält die Sache auf. Es hat sich nur nicht feststellen, wer es ist, bis alle Karten offen auf dem Tische liegen. Damit das enthüllt und die öffentliche Meinung sich mit dem oder den Betreffenden befassen kann, verlangen wir vom Premierminister, uns sein Finanz- und Arbeitsprogramm endlich zu unterbreiten. Wir haben lange genug darauf gewartet."

Eine so ernste und nachdenkliche Stimme aus dem konservativen Lager sollte wohl in Ottawa beachtet werden. Namentlich der ziemlich klare Hinweis auf Hintermänner, die dem „starken Mann," dem Premier Bennett, die Hände binden möchten, sollte auch die verantwortlichen Staatsmänner nachdenklich stimmen. Die canadischen Bürger durchschauen allmählich das Spiel jener politischen Kreise in Ostcanada, die auf Kosten des Westens ihre eigensüchtigen Interessen um jeden Preis durchzudrücken suchen. Das zeigte sich schon in der verhängnisvollen Zollpolitik der Bennett-Regierung so deutlich, daß man die dabei mitspielenden Motive fast mit den Händen greifen konnte. Das tritt auch bei Behandlung der Notstandsfrage klar zutage. Will Bennett seine Regierung und unser Land über die ernste Notzeit der Gegenwart hinwegretten, dann sollte er nach der Mahnung handeln: „Landgraf, werde hart!" Jawohl, hart, schwerhörig und unnachgiebig gegenüber jenen, die ihre Geldsackinteressen höher stellen als das Gemeinwohl des schwerbedrängten canadischen Volkes und aus dem Fleische dieses Volkes sogar noch Riemen schneiden wollen. Hat Bennett das Rückgrat zum Widerstand? Die Zukunft wird es bald lehren.

Weltumschau

Wie in Deutschland gespart wird. Bürgermeister und Stadträte der preußischen Städte werden zu spartanischer Einfachheit gezwungen sein, wenn ihre Gehälter beschnitten sind. Es werden nicht nur die Gehälter der oberen städtischen Behörden um 20 Prozent und mehr durch den Nachlaß der Regierung gekürzt, sondern auch die Repräsentations-Zuschüsse völlig gestrichen werden, sodaß öffentliche Empfänge zukünftig in Deutschland mehr Ausnahme als Regel sein werden. Die Bürgermeistergehälter werden auf die gleiche Stufe mit denen der Beamten des diplomatischen Dienstes gebracht werden, deren Bezüge bereits stark gesenkt wurden. Sogar Dr. Heinrich Sahm, dem Oberbürgermeister Berlins, der neulich freiwillig auf 20 Prozent seines Gehaltes von etwa $8,500 verzichtete, werden die Repräsentationsgelder in Höhe von 24,000 Mark (etwa $5,600) gestrichen werden. Bürgermeisterposten in den Provinzen waren in vielen Fällen fette Posten, die viel besser als solche in diplomatischen Diensten bezahlt wurden. Bürgermeister in großen Städten erhielten sogar teilweise noch höhere Gehälter als die in Berlin. Sie werden sich ebenfalls scharfe Abtriche gefallen lassen müssen. Einfache Bürgermeister werden in Zukunft 22,976 Mark (etwa $5,500) erhalten, das Gleiche wie die Abteilungschefs der preußischen Regierung und die Stadträte werden auf 16,000 Mark (etwa $4,750) heruntergesetzt werden.

Hochbezahlte Sachverständige, die von vielen Städten ernannt waren, werden sich noch größere Abzüge gefallen lassen müssen und werden nach Schwierigkeiten haben, ihre Posten in zukünftigen Stadträten beizubehalten. So z. B. hat die Stadt Hannover einen Bau-Sachverständigen mit einem Gehalt von $11,850 gehabt, das aber, nach den neuen Bestimmungen auf $4,800 herabgesetzt wird. Die meisten anderen Städte haben zahlreiche „Spezialisten" beschäftigt, die sich Abzüge machen lassen müssen, die in einigen Fällen 75 Prozent ihrer derzeitigen Bezüge betragen.

Deutsche Arbeiterschaft und europäische Lage. Adam Stegerwald, der Reichsarbeitsminister, sagte in Nürnberg in einer Rede vor vielen kathol. Arbeitern, daß Deutschlands drängende Arbeitsprobleme nicht eher befriedigend gelöst werden könnten, bis in Europa ein wirklicher Friede hergestellt sei. Der Rede lauschten die Arbeiter, die an dem „70. deutschen Katholikentag" teilnahmen.

Zur Begründung seiner Auffassung von der Lage führte Stegerwald weiter aus, die Versuche der Siegernationen, ihre politischen Forderungen in kommerzielle umzusetzen und diese privaten Geschäften und Unternehmungen aufzuerlegen, seien gescheitert und sie würden unter dem gegenwärtigen privaten kapitalistischen System in der Welt weiter fehlschlagen. Er betonte, daß Deutschland über $25,000,000,000 durch Kriegsinflation verloren hat und daß von dem Geschäftsbetrieb, die weitere Aufbringung von $500,000,000 für Reparationen und $750,000,000 für Zinszahlung gefordert wird. Die Zahlung angemessener Löhne und Versorgung von Millionen von Erwerbslosen sei unmöglich. Maßnahmen zum Schutze der Arbeiterlöhne könten unter den jetzigen unsicheren Verhältnissen nicht bewerkstelligt werden. Indessen glaube er zuversichtlich, daß die Nation die harten Zeiten des kommenden Winters überstehen werde. Dazu bemerkte er: „Viele Gründe für diese Zuversicht sind vorhanden. Wir haben in allen Betrieben eine außerordentliche Produktionsmaschinerie und ein fleißiges und einsichtiges Volk, entschlossen zum Emporringen aus seinem derzeitigen Elend."

Die Frühmesse auf dem Katholikentag im weiten Stadium war von etwa 120,000 Personen besucht. Die Bischöfe von Speyer, Augsburg, Meißen und Münster sowie der Erzbischof von Bamberg waren zugegen, ferner der rumänische Bischof von Jassy, der päpstliche Nuntius Bajallo di Torregrossa und andere kirchliche Würdenträger, welche die Prozession durch die von Volksmassen gefüllten und flaggengeschmückten Straßen führten.

Neben Arbeitsminister Stegerwald waren, unter anderen anwesenden hervorragenden politischen Persönlichkeiten Reichsinnenminister Joseph Wirth, der frühere Reichskanzler Marx, Reichspostminister Georg Schöpel und der bayerische Ministerpräsident Dr. Heinrich Held.

Hilfe für die deutschen Bauern. Die Reichsregierung hat einen Plan ausgearbeitet, der die Notlage der Landwirtschaft beheben soll und unter dem die Landwirte auf gelagertes Getreide Darlehen aufnehmen können. Der Plan verhindert zur gleichen Zeit, daß der Markt mit überschüssigem Getreide überschwemmt wird. Von jetzt an können Landwirte, die Getreide an Hand haben und bessere Preise abwarten wollen, das Getreide in Speichern oder auch auf ihren eigenen Höfen oder Gütern unter dem Siegel der Regierung lagern. Die Regierung stellt dagegen bis zu 50 Prozent des jeweiligen Wertes des Getreides Lagerscheine aus, die zu vier Prozent Zinsen beleihbar sind. Es sind auch Vorkehrungen getroffen, um eine weitere Beleihung dieser Zertifikate zu ermöglichen. Die Landwirte können nach dem System 75 bis 90 Prozent des Wertes ihrer Getreidevorräte flüssig machen, ohne das Getreide auf den Markt werfen zu müssen. Die Regierung hat ferner neue Exportregeln eingeführt, laut denen bei Ausfuhr von deutschem Getreide zu den gegenwärtigen niedrigen Preisen Ausfuhrscheine ausgegeben werden, die den Exporteuren für die betreffenden Beträge einen Vorzugszoll gewähren, wenn die Marktlage eine Einfuhr von Getreide ermöglichen sollte.

Reichsarbeitsminister Adam Stegerwald erklärte in Frankfurt a. M., auf dem sozialistischen Gewerkschaftstag, daß zwei Milliarden Mark erforderlich sein werden, um den Arbeitslosen des Reiches über den kommenden Winter hinwegzuhelfen. Die Gewerkschaften werden mit der Regierung zusammenarbeiten, um für die Erwerbslosen Lebensmittel zu ermäßigten Preisen zu beschaffen.

100 Millionen für England. Die mächtigsten Bankgruppen Frankreichs und der Vereinigten Staaten gewährten gestern dem britischen Schatzamt einen Nothkredit von $100,000,000, wodurch sie ihr Vertrauen zur Finanzlage Großbritanniens zum Ausdruck brachten. J. P. Morgan & Co. waren bekannt, daß eine Gruppe von über 100 amerikanischen Banken und Bankhäusern die Hälfte des Kredits bereitstellten, während ein gleicher Betrag in Paris aufgebracht wird.

Wie man glaubt, ist dies der größte Privatbankkredit, der je in der Finanzgeschichte einer ausländischen Regierung gewährt wurde, und dabei dauerten die per Kabel und transatlantischen Telefon geführten Verhandlungen darüber nur 36 Stunden.

Die amerikanischen Bankiers erklärten, daß der Kredit wesentlich größer sei, als die englische Regierung nachzusuchen beabsichtigte, und man hätte ihm solche gewaltige Ausdehnung gegeben, um jeden Zweifel an der Festigkeit der englischen Finanzen zu bannen. Es wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, daß der Kredit günstige Wirkung auf die Weltfinanzkrise haben werde, besonders im Hinblick auf die traditionelle Stellung Londons als Weltbankier. Ein Bankier der Anfangsgruppe bezeichnete den Schritt als „einzigartigen Eigennutz," da man nach den Erfahrungen mit Deutschland England wegen seiner Stellung in der Weltfinanz auf jeden Fall vor solcher Krise bewahren solle.

MacDonald als Arbeiterführer abgesetzt. Ramsay MacDonald, der gegenwärtig zum dritten Male Premierminister von Großbritannien ist, wurde als Führer der Arbeiterpartei abgesetzt. An seiner Stelle ist der frühere Außensekretär Arthur Henderson gewählt worden. Nur sechs der 280 Mitglieder der parlamentarischen Fraktion der Arbeiterpartei waren gegen den Beschluß. Alle anderen stimmten einmütig für die Gegenvorschläge der Arbeiterpartei zur Ueberwindung der Finanzkrise. In diesen Vorschlägen wird jede Beschneidung der Erwerbslosenunterstützung streng vermieden.

Die Absetzung MacDonalds als Führer der Partei war angesichts der scharfen Opposition gegen Bildung einer Koalitionsregierung unvermeidlich. Seine Position als Premier wird durch den Beschluß jedoch nicht berührt. Obgleich MacDonald kein Mandat der Arbeiterpartei mehr hat, wird er Haupt der Regierung bleiben, die zur Lösung des Budgetproblems gebildet worden ist. Die Konservativen und Liberalen haben die Beteiligung ihrer Führer an der neuen Regierung gebilligt.

Die Versammlung, in der MacDonald als Parteiführer abgesetzt wurde, war eine gemeinsame Sitzung der parlamentarischen Arbeiterpartei und des Generalrates des Gewerkschaftskongresses. Lord Sankey, der Lordkanzler im alten und neuen Kabinett, und der Abgeordnete Malcolm MacDonald, Sohn des Premiers, waren die einzigen, die die Bildung der Koalitionsregierung als einzig möglichen Schritt verteidigten. Die übrigen Stimmen gegen die Absetzung MacDonalds kamen von dem linken Flügel der Arbeiterpartei.

In der kommenden Debatte im Unterhause dürften diese linksgerichteten Laboriten mit der von Henderson geführten Opposition stimmen.

J. R. Clynes, der frühere Sekretär für Inneres im Arbeiterkabinett, wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden der Partei erwählt.

Pakt gegen Handelskriege. Der russische Vorschlag für einen Pakt gegen Handelskriege ist von Maxim Litwinow, dem russischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, dem Koordinierungskomitee der paneuropäischen Studienkommission unterbreitet worden und hat im Prinzip freundliche Aufnahme gefunden. Das Komitee hat den Plan einem Unterausschuß überwiesen, der Aenderungen vornehmen soll, um das Projekt für alle europäischen Länder annehmbar zu machen.

Dr. Julius Curtius, der Reichsaußenminister, sagte zu dem Vorschlage Litwinowsk „Der russische Plan für Handelsfrieden stimmt im Geiste mit der deutschen Politik überein, die gleichzeitig auf wirtschaftliche und politische Befriedung Europas hinzielt."

Andre Francois-Poncet, der französische Delegat, sagte dagegen, daß „wie bei einem Lande, das vom Flugzeuge aus flach aussehe, sich bei näherer Betrachtung in dem russischen Plane Klüfte und Klippen bemerkbar machten."

Litwinow bezeichnete seinen Plan als eine negative Anwendung des Prinzips der „Meistbegünstigung", die den unterzeichneten Mächten Schutz gegen wirtschaftliche Diskriminierung gewährt. Der russische Kommissar drang auf schleunige Annahme seines Vorschlages, da dies viel dazu beitragen würde, der Atmosphäre des Mißtrauens zwischen den Nationen ein Ende zu machen.

Reichsaußenminister Curtius unterstützte den russischen Plan und beantragte, daß der Koordinierungs-Ausschuß ihn sofort zur Annahme vorbereite. Nino Grandi, der italienische Außenminister, gab „im Prinzip" ebenfalls seine Zustimmung und erklärte, daß der Plan mit einigen kleinen Aenderungen allgemeine Annahme finden sollte.

Militär unter Aufsicht des Völkerbundes. Joseph Paul Boncour, der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten in der französischen Kammer, trat, nach einem Bericht der Assoz. Presse, mit dem Vorschlag hervor, daß die Nationen ihr Militär unter Oberaufsicht des Völkerbundes stellen sollten, und sagte, daß Frankreich bei der Abrüstungskonferenz im Jahre 1932 den Weg weisen würde.

Boncour, eine Autorität in Abrüstungsfragen, wird voraussichtlich Frankreichs führender Delegat auf der Abrüstungskonferenz sein, die im Februar in Genf abgehalten wird. Man hält seine Erklärung für besonders wichtig, weil damit die Abrüstungsfrage unter einem wesentlich anderen Gesichtspunkt gestellt wird. Man glaubt nicht, daß Boncour so gesprochen hätte, wenn er nicht überzeugt wäre, daß seine Ansicht mit der vorherrschenden Meinung in Frankreich übereinstimmte.

Boncour glaubt, daß das Militär aller Länder unter Aufsicht des Völkerbundes gestellt werden sollte, damit dieser in Streitfragen das Recht hätte, die Streitkräfte zur Herstellung des Friedens und zwar gegen einen Lande zu entlenden, wie Paragraph 16 der Satzungen des Völkerbundes vorschreibt. Dadurch würde das Problem der Gleichberechtigung, seines Erachtens am besten gelöst.

Die italienische Regierung lehnt dem Vorschlage Boncours ablehnend gegenüber, weil sie darin nur die Absicht erblickt, Frankreichs Vorherrschaft in Europa zu „verewigen".

Ein „Fühler" Frankreichs in Genf. Wie die United Press soeben in Erfahrung bringen konnte, richtete die französische Regierung an das Sekretariat des Völkerbundes das Ersuchen, die auf Februar nächsten Jahres festgesetzte Entwaffnungskonferenz zu verschieben. Das Ersuchen wird wegen seiner informellen Natur jedoch nur als ein „Fühler" betrachtet, und man glaubt daher nicht, daß es demnächst öffentlich besprochen wird.

Angeblich wird das Ersuchen damit begründet, daß im nächsten Mai in Frankreich allgemeine Wahlen, in den Ver. Staaten Präsidentschaftswahlen und in England vielleicht ebenfalls Parlamentswahlen abgehalten werden. Man glaubt jedoch, daß sich Deutschland, Rußland, Ungarn und die Ver. Staaten einer Verschiebung der Abrüstungskonferenz energisch widersetzen werden. Diese Nationen treten für eine baldige Abrüstung ein.

So viel man weiß, werden gegenwärtig Verhandlungen durchgeführt, die dazu bestimmt sind, den amerikanischen und den französischen Standpunkt in der Entwaffnungsfrage einander näher zu bringen. Aus zuverlässigen Quellen wird in Erfahrung gebracht, daß Frankreich dazu überredet werden soll, eine Delegation nach Amerika zu entsenden, die dazu bestimmt ist, mit Präsident Hoover persönlich Zwiesprache zu pflegen.

Keine deutsch-österr. Zollunion

(Fortsetzung von Seite 1.)

einzige Weg zur Besserung der Wirtschaftszustände Europas. Die deutsche und die österreichische Regierung hätten beim Abschluß ihres Zollpakts von vornherein die Idee ins Auge gefaßt, daß er nur den Anstoß zum Abschluß viel umfassenderer und eine größtmögliche Anzahl anderer Länder einbegreifender Wirtschaftsverträge geben sollte. „Die Ereignisse", sagte er, „sind einander mit solcher Schnelligkeit gefolgt, daß wir gegenwärtig viel allgemeiner gehaltenen Wirtschaftsplänen gegenübersehen, zu deren Verwirklichung wir unser Möglichstes beitragen möchten. In Erwartung eines solchen Ergebnisses und im völligen Einvernehmen mit der österreichischen Regierung erklärt daher die deutsche Regierung, daß sie das ursprünglich beabsichtigte Projekt nicht weiter zu verfolgen gedenkt."

Die Vorzüglichkeit Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei in dem Komitee heißen diese Erklärungen Oesterreichs und Deutschlands eifrig willkommen. Dino Grandi, der italienische Außenminister, begrüßte die Erklärungen als Verheißung einer entschiedenen Besserung der europäischen Wirtschaftslage.

Das erste praktische Ergebnis der Erklärungen dürfte eine Beschwichtigung der Befürchtungen Frankreichs und die Gewährung eines französischen Darlehens für Oesterreich sein, das wirtschaftlich so gut wie erschlagen ist.

Zu v. Gronaus Flug

(Fortsetzung von Seite 1)

Cleveland noch ein Besuch abgestattet wird. An einen Rückflug nach Deutschland ist aber bei der vorgerückten Jahreszeit nicht mehr zu denken. Sollte der ausgeführt werden, müßten erst aus Deutschland noch einige Ersatzteile bestellt werden.

Was die wissenschaftliche und rein aviatische Ausbeute des Flugs anbetrifft, so wird von Gronau zugerst den deutschen Organisationen, die den Flug durchführen ließen, Bericht erstatten. Immerhin meinte er, daß die Nordroute eine Flugverbindung möglich macht, die Zeit aber noch nicht für die Aufnahme eines solchen Verkehrs gekommen ist, da das Unternehmen zu kostspielig werden würde. Auf der ganzen Route müßten im Fall Brennstoffdepots und Werkstätten angelegt werden. Uebrigens traf von Gronau unterwegs auf den Faroer Inseln auch den amerikanischen Piloten Cramer, der in umgekehrter Richtung flog und jetzt verschollen ist.

Selbstmordversuch im Lufthansa-Flugzeug.

Berlin. — Das Lufthansa-Flugboot „D—1727" entging mit knapper Not dem Verderben, als ein Passagier an Bord den Versuch machte, durch Explosion von Sprengmaterial sich den Tod zu bereiten.

Das Flugzeug befand sich in Höhe von etwa 1500 Fuß auf der Fahrt, als es durch eine Explosion plötzlich erschüttert wurde. Einer der Mechaniker eilte in das Waschzimmer und traf dort einen Passagier, der eine Flasche mit flüssigem Sprengstoff zu entzünden suchte. Andere Passagiere eilten herbei und halfen dem Mechaniker, den Lebensmüden zu überwältigen. Der Mann, der auf dem jüngsten Flugfelde als Arzt eingeliefert wurde, verweigerte jede Auskunft über die Beweggründe seines Vorhabens und die Polizei konnte näheres nicht in Erfahrung bringen.

Das Flugzeug, welches auf der Fahrt von München und Nürnberg nach Berlin war, hatte acht Passagiere an Bord. Die Explosion verursachte keinen Schaden, und der Flug konnte fortgesetzt werden.

Der Löwe

Man erzählt: Ueber Pilsudski, den polnischen Diktator, sind in Warschau zahlreiche Anekdoten im Umlauf. — Hier die neueste: Pilsudski und befreundeter Militär gehen in den Zoo und gelangen vor den Löwenzwinger. „Hättest du den Mut," fragte der Marschall seinen Begleiter, „in den Käfig zu gehen?" Der Gefragte bejaht, betritt den Löwenkäfig, bleibt darin eine Minute und kommt wieder heraus — völlig ergraut! Hierauf geht Pilsudski in den Käfig, hält sich einige Minuten darin auf und spaziert seelenruhig wieder heraus. Und nun bemerkt man eine seltsame Veränderung: der Löwe war ergraut.

Wie kommt es,
daß so viele Leiden, die augenscheinlich der Geschicklichkeit berühmter Aerzte getrotzt haben, gehoben werden durch die milde Wirkung eines einfachen Hausmittels, wie
Forni's
Alpenkräuter
Weil es direkt an die Wurzel des Uebels, die Unreinheiten im System, geht. Es ist aus reinen, heilkräftigen Wurzeln und Kräutern bereitet, und befindet sich bereits über hundert Jahre im Gebrauch.
Es wird nicht durch Apotheker verkauft, sondern direkt geliefert aus dem Laboratorium von
Dr. Peter Fahrney & Sons Co.
2501 Washington Blvd. Zollfrei in Kanada geliefert. Chicago, Ill.
Forni's Alpenkräuter, Heilöl und Ointment in Regina zu haben bei der Deutschen Buchhandlung, 1708 Rose Street.
Eine Flasche Alpenkräuter $1.50; portofrei angeschickt für $1.75. Bei Bestellungen von 6 Flaschen auf einmal bezahlen wir selbst die Versandkosten.
Ointment $1.35, mit Post $1.50. Heilöl 60 Cents, mit Post 65 Cents.